

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Ecopop-Initiative: «Der vorgeschlagene Verfassungstext führt die Schweiz in ein volkswirtschaftliches Experiment.» *Andreas Geistlich, Schlieren*

Das Gebaren der Ecopop-Gegner erinnert zurzeit an die Panik eines Kokain-süchtigen, dem sein stets steigender Bedarf an «Stoff» verwehrt werden soll, ohne den er sich nicht für leistungsfähig genug hält. Economiesuisse-Präsident Karrer beschwört eine Rezession herbei. Die AHV könne nur mit immer neuen, zusätzlichen Menschenmassen gerettet werden. Dass diese Rechnung langfristig nicht aufgehen kann, leuchtet jedem Kind ein.

Bundesrätin Sommaruga findet, die Schweiz könne bedenkenlos weiter verstädtert und verdichtet werden. Um die bauliche Verdichtung effizient realisieren zu können, schlug Bundesrätin Leuthard kürzlich vor, den Denkmalschutz abzuschwächen. Schliesslich sollen unsere pittoresken Dörfer mit diesen altmodischen Satteldachbauten in funktionelle, klotzige («grüne») Arealüberbauungen umgewandelt werden. Damit man der verbetonierten Umwelt ja nicht ent-rinnen kann, stellte Doris Leuthard letzte Woche aufgrund der überfüllten Züge und Strassen ein Mobility-Pricing in Aussicht, welches Auto- und Bahnfahren massiv verteuern soll.

Marcel Frizzoni-Casals, Wettingen

Es geht dem früheren WWF-Direktor Philippe Roch «um das Wohl der Menschheit in Harmonie mit der Natur» (NZZ 20. 10. 14). Das ist eine sehr löbliche Absicht. Aber kann die Schweiz mit einer Verfassungsänderung die ganze Menschheit retten? Überschätzt Herr Roch da nicht die Möglichkeiten der Schweiz ganz gewaltig? Sollte die Ecopop-Initiative angenommen und umgesetzt werden, hätte dies unabweisbar negative Konsequenzen für die Schweizer Wirtschaft. Ein realistisches Szenario wäre die Abwanderung der Hälfte der ausländischen

Firmen und die Verlagerung von 50 Prozent der jährlichen Investitionen in Forschung und Produktionsanlagen von Schweizer Firmen ins Ausland, mit den damit verbundenen hohen Verlusten an Arbeitsplätzen in unserem Land. Damit würde die Einwanderung von Arbeitskräften nicht nur gestoppt, sondern ins Gegenteil verwandelt. Die Schweiz würde zum Auswanderungsland. Somit wäre das Ziel der Ecopop für die Schweiz mehr als erreicht. Für die Weltbevölkerung ergibt sich ein Nullsummenspiel.

Fritz Howald, Vézenaz

Es wäre zu wünschen, dass Politiker, Journalisten, Ökonomen, CEO und alle Weltverbesserer bei ihren Argumenten und Äusserungen zur Ecopop-Initiative folgende zwei mathematische Gegebenheiten berücksichtigen müssten, bevor sie andere überzeugen wollen:

Erstens: Wenn etwas mit x Prozent pro Jahr wächst, so verdoppelt es sich in 70 geteilt durch x Jahren. Wenn die Schweizer Bevölkerung im heutigen Tempo weiterwächst (1 bis 1,3 Prozent pro Jahr), so verdoppelt sie sich in 55 bis 70 Jahren. Wir reden dann von 16 Millionen Einwohnern in der Schweiz (nicht von 10 oder 11 Millionen wie im Abstimmungskampf immer wiederholt). Man kann das wollen, aber dann ist die Diskussion eine andere.

Zweitens: Kein abgeschlossenes System kann unbegrenzt und immerwährend wachsen – und ein Teilsystem darin mit der Zeit nur auf Kosten eines andern. Welche Systemgrenzen man dabei betrachtet, ist zu definieren. Der bebaubare Grund der Schweiz ist begrenzt; drum kann die bebaute Fläche nicht ewig wachsen. Bis hierher gilt die Mathematik; die Diskussion um die gewollte, selbstgewählte obere Grenze ist poli-

tisch. In der nächsten Nachrichtensendung wird das Wort «Wachstum» sicher viermal vorkommen, immer als Allheilmittel. Die Natur hat sich noch nie dagegen gewehrt, dass man den Karren an die Wand fährt.

Konrad Egloff, Oberweningen

Die Aktion «Forschung in einer welt-offenen Schweiz» legt einleuchtend dar, wie zentral offene Grenzen für unsere Wissenschaft und Forschung sind. Behinderungen des Zutritts der Besten gefährden den hohen Standard unserer Hochschulen. Ecopop bringt Mittelmässigkeit und gefährdet unseren Spitzenplatz in vielen Disziplinen.

Martin A. Liechti, Maur

Die Ecopop-Initiative mag mit guten Absichten formuliert worden sein. Ihr erklärtes Ziel ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Allerdings werden bei der rigiden Ecopop-Therapie die unerwünschten Nebenwirkungen spürbarer sein als die erhoffte Wirkung. Der vorgeschlagene neue Verfassungstext führt die Schweiz in ein volkswirtschaftliches Experiment, wie wir es noch nie erlebt haben: Auf dem Arbeitsmarkt käme es zunächst zu einer künstlichen Verknappung; die gut austarierten bilateralen Abkommen mit der EU würden hinfällig. Die Wirtschaftsleistung ginge deshalb wohl zurück. Und leider muss ich Bundesrätin Simonetta Sommaruga beipflichten (NZZ 15. 10. 14). Sie sagte, durch Ecopop werde kein einziges der Umweltprobleme gelöst, denn diese machen bekanntlich nicht an Grenzen halt. Reduziert würde nur unsere Fähigkeit, Probleme zu lösen.

*Andreas Geistlich, Schlieren
Kantonsrat FDP*

Goldinitiative: «Retten wir unsere Nationalbank vor dieser Volksinitiative.»

Dominik Zehnder, Bäch

Am 30. November stimmen wir über die Goldinitiative ab, mit der die Nationalbank die Goldreserven in Absprache mit dem Volk wieder auf 20 Prozent der Aktiven aufstocken muss. Bei den gegenwärtigen unausgeglichenen internationalen Wirtschafts- und Verhältnissen ist es für ein Land von grosser Wichtigkeit, über einen ausreichenden Goldbestand zu verfügen. Dieser soll auch der Fortführung der gefährlichen und tollkühnen Politik der Nationalbank, die ihre Währungs- und Geldpolitik weiterhin an die EU binden will und mehr potenzielle Inflation in die Schweiz importiert, entgegenwirken.

Die Nationalbank hat heute gemäss ihrer Bilanz für etwa 460 Milliarden Franken Devisen – etwa die Hälfte davon in Euro und ein Viertel in US-Dollar – angehäuft. Diese gigantische Menge von risikobehafteten Währungen kann mit gutem Grund als «überschüssig» bezeichnet werden. Es ist sinnvoll, mit einem Teil dieser Überschüsse Gold zu kaufen. Gold hat bisher jede Währungs-krise und jede Währungsreform überlebt. Ein Ja zur Goldinitiative ist wichtig für unsere Souveränität und stärkt unsere Nationalbank, falls diese – von innen oder auch von aussen – unter Druck gesetzt wird.

Peter Aebersold, Zürich

In den letzten Jahren haben Bund und Kantone stets von den Gewinnausschüttungen der Nationalbank profitiert. 2013 jedoch war alles anders: Weil der Goldkurs um über ein Viertel eingebrochen war, verbuchte die SNB 2013 einen Verlust von 15 Milliarden Franken. Erstmals konnte die Nationalbank deshalb kein Geld an Bund und Kantone ausschütten. Dabei geht es für die Kantone immerhin um 667 Millionen Franken. Das Beispiel zeigt: Das Ergebnis der Nationalbank ist

stark von der Entwicklung der Gold-, Devisen- und Kapitalmärkte abhängig. Würde der Souverän Ja zur schädlichen Goldinitiative sagen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die SNB künftig gar keine Gewinne mehr an die Kantone ausschütten könnte. Steuererhöhungen, Leistungsabbau und neue Schulden wären die Folge.

Gold ist nicht stabil – das Gegenteil ist der Fall. Im Unterschied zu anderen Anlagen unterliegt Gold starken Kurschwankungen und wirft zudem keine Zinserträge oder Dividenden ab. Ein zu hoher Goldanteil in der SNB-Bilanz ist deshalb nicht nur sinnlos, sondern auch gefährlich. Eine Anhäufung von Goldreserven würde zudem den Handlungsspielraum der Nationalbank massiv einschränken und damit das Vertrauen in den Schweizer Franken schwächen.

*Barbara Schmid-Federer, Männedorf
Nationalrätin CVP*

Wenn 80 Franken pro Tag als Taschengeld für Ihren Sohn oder Ihre Tochter nicht ausreichen – kein Problem, geben Sie ihnen 100 Franken. Wenn damit Ihr Konto strapaziert werden sollte – kein Problem, nehmen Sie bei Ihrer Bank einen Kredit auf. Und wenn das auch nicht reicht, erhöhen Sie die Hypothek auf der Liegenschaft Ihrer Eltern. Hat sich die Schweizerische Nationalbank (SNB) über zu wenig Handlungsfreiheit beklagt? Natürlich nicht, die SNB ist auch nicht Ihr Sohn, Ihre Tochter, aber sie gehört uns allen. SNB-Präsident Jordan hat sich zum Glück nicht in den Abstimmungskampf eingeschaltet, denn er ist ja mit der SNB der Direktbetroffene. Sie würden Ihren Sohn auch nicht fragen, wie viel Taschengeld er denn erhalten möchte. Haben sich Ihr Sohn und Ihre Tochter bei Ihnen beklagt, dass die Wirtschaft Schaden nehmen würde,

wenn das Taschengeld nicht erhöht würde? Haben sie gar vom möglichen Abbau von Arbeitsplätzen gesprochen?

Wie viel Taschen- oder gar Spielgeld braucht unsere SNB? Wie viel Handlungsfreiheit braucht die SNB, um ihre Aufgabe zu erfüllen? Sind 80 Prozent nicht ausreichend, braucht es 100 Prozent oder gar 120 Prozent? Die SNB verfügt auch nach Annahme der Goldinitiative über mehr als genügend Handlungsspielraum.

Beda Düggelin, Zürich

Die Goldinitiative will verhindern, dass das Gold der Nationalbank im allerschlimmsten Fall seiner Funktion als Notvorrat gerecht wird. Denn der SNB soll verboten werden, das Gold je wieder zu verkaufen. Und es kommt noch dicker: Mindestens 20 Prozent ihrer Vermögenswerte muss sie in Gold anlegen. Für immer und ewig, denn es ist ja gemäss Initiative unverkäuflich. Wozu brauchen wir es dann? Diese Frage ist umso dringlicher, als Gold weder Zinsen noch andere Erträge abwirft. Für die immensen Kursschwankungen dieser Anlage erhalten wir keinen Gegenwert. So verkommt der vorgetäuschte patriotische Schutz für unseren Franken mit der Goldinitiative zum ökonomischen Widersinn. Stellen Sie sich vor, Sie müssten kraft Bundesverfassung immer 20 Prozent Ihrer erarbeiteten Ersparnisse für Gold verwenden, das Sie nie verkaufen dürfen – auch nicht im Unglücksfall, im Alter oder um ihren Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen.

Die Goldinitiative verfolgt Ziele von gestern und gefährdet morgen die Unabhängigkeit unserer Nationalbank. Deshalb gilt: Retten wir unsere Nationalbank vor dieser Initiative.

*Dominik Zehnder, Bäch
Kantonsrat FDP*

Bildung statt Kondome

Warum eine Konzentration von Entwicklungsgeldern auf Verhütung nichts nützt. *Von Rupa Mukerji*

Ecopop will die Migration eindämmen und den Bund verpflichten, rund 250 Millionen Franken seines Budgets für Entwicklungszusammenarbeit in «Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung» zu investieren. Meine Erfahrungen aus Indien und eine Reihe von Studien zeigen, dass isolierte Massnahmen, die direkt auf die Familienplanung abzielen, selten die gewünschte Wirkung erzielen. Erfolgreich sind hingegen systemische Ansätze, die Bildung, Gesundheit und die gesellschaftliche Stellung der Frauen einbeziehen. Wir dürfen das globale Bevölkerungswachstum nicht auf die leichte Schulter nehmen. Allerdings gibt es keine einfachen Lösungen, wie Ecopop es den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern weismachen will. Vermeintlich zielgenaue und gutgemeinte Massnahmen wie die Verteilung von Aufklärungsbroschüren oder die Gratisabgabe von Kondomen verfehlen ihre Wirkung. Die meisten Menschen reagieren mit Ablehnung, wenn staatliche Instanzen (oder sogar ausländische Organisationen) sich in die Familienplanung einmischen wollen. Das ist wohl überall auf der Welt so, nicht nur in meiner indischen Heimat, wo das Misstrauen nach den massenhaften Zwangssterilisationen des letzten Jahrhunderts besonders gross ist. Es kommt hinzu, dass isolierte Massnahmen gesellschaftliche Strukturen, die einer Lösung im Weg stehen, ausser acht lassen.

Was ein kostenloses Mittagessen bewirken kann

Im indischen Gliedstaat Haryana zum Beispiel ist die Gesellschaft trotz wirtschaftlicher Entwicklung immer noch patriarchal geprägt. Auf den Frauen lastet weiterhin ein hoher Druck, Söhne zur Welt zu bringen. Mädchen werden jung verheiratet, abgesondert, machtlos gehalten und von ihren Familien als finanzielle Bürde betrachtet. Programme für freiwillige Familienplanung zeigen in einem solchen Umfeld wenig Wirkung. Die Fertilitätsrate ist in Haryana hoch geblieben – trotz gestiegenem Wohlstand, der üblicherweise sinkende Kinderzahlen mit sich bringt. Weltweit scheitert nur gerade ein Prozent der Frauen, die sich für Verhütung entschlossen haben, am fehlenden Zugang zu Verhütungsmitteln. Es sind Familientraditionen oder die Marginalisierung der Frauen, die ihrem Gebrauch im Weg stehen. Solange sich die Stellung der Frau nicht verändert, nützt es wenig, Kondomautomaten aufzustellen.

Die zusätzlichen Millionen, die der Bund bei einer Annahme der Initiative jährlich in die freiwillige Familienplanung investieren müsste, fehlten dann für wirksamere Massnahmen – insbesondere für die Bildung von Mädchen und Frauen. Dazu ein anderes Beispiel aus Indien: 1986 begannen die Behörden im Gliedstaat Tamil Nadu, allen Schülerinnen und Schülern ein kostenloses Mittagessen abzugeben. Bis dahin hatten die Eltern ihre Mädchen gar nicht zur Schule geschickt oder sie schon nach wenigen Jahren von der Schule genommen, um sie als Arbeitskraft zu verdienen oder zu verheiraten. Wegen der Gratismahlzeit besuchten mehr Mädchen die Schule, sie blieben länger dort, sie heirateten signifikant später und gingen besser gebildet und damit selbstbewusster in die Ehe. Viele von ihnen schlossen sich später zu Spargemeinschaften und Selbsthilfegruppen zusammen. Gemeinsam konnten sie sich gegen den gesellschaftlichen Druck wehren, so lange Kinder auf die Welt zu bringen, bis mindestens ein Sohn da war. Die Fertilitätsrate in Tamil Nadu fiel in nur einer Generation von 3,9 auf 1,7 Kinder pro Frau. Bildung und Empowerment der Frauen sind zur Grundlage für sozioökonomisches Wachstum und verantwortungsvolle Familienplanung geworden.

Frauen, die Zugang zu Bildung haben, können sich gegen äussere Zwänge wehren. Sie bestimmen selber über den Zeitpunkt ihrer Heirat und die Anzahl ihrer Kinder. Nicht weil sie eine Aufklärungsbroschüre gelesen haben oder gratis die Pille beziehen können, sondern im Wissen um die Folgen ihrer Entscheide. Das Beispiel Tamil Nadu zeigt, dass sie sich unter diesen Umständen sehr ähnlich entscheiden wie die meisten Frauen in den Industrieländern: Sie wollen selbstbestimmt leben, und sie wollen ein oder zwei, vielleicht drei Kinder haben.

Keine Empathie für die Frauen

Das Unbehagen von uns Frauen aus Entwicklungsländern gegenüber den Forderungen der Ecopop-Initiative sitzt tief. Den Initianten geht es vor allem um die Lebensqualität in der Schweiz. Ihre Forderung nach Familienplanung beruht nicht auf Verständnis oder Empathie für die Frauen. Im Gegenteil. Einmal mehr sollen mittellose Frauen aus Entwicklungsländern für die Probleme wohlhabender Nationen verantwortlich gemacht werden. Ihre Körper sollen kontrolliert werden, diesmal auf dem Weg der Entwicklungszusammenarbeit, ohne Rücksicht auf ihre eigenen Bedürfnisse und ihren Kontext. Ein Bericht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen fasst diese Bedenken ausgezeichnet zusammen: «Wenn ein Mädchen zur Heirat gezwungen wird, hat es kaum je zu entscheiden, ob, wann und wie oft es schwanger werden will.» Eine 19-Jährige aus Burkina Faso erklärte den Zusammenhang wie folgt: «Ich habe die Schule früh abgebrochen. Doch dann habe ich realisiert, dass die Mädchen, die nicht mehr in der Schule sind, jung verheiratet werden. Deshalb habe ich eine Lehre angefangen, und das hat mich vor einer frühen Heirat bewahrt.»

Rupa Mukerji ist Geschäftsleitungsmitglied von Helvetas.